Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.
Durch die Post:
innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.00 ℳ, monatl. 1.00 ℳ ausschl. Bestellgeld, ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.
Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens.
Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Einzelverkaufspreis der Morgenausgabe 10 ₰, der Abendausgabe 5 ₰.
Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.
Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene 50 mm breite Petitzeile 25 ₰, die 74 mm breite Reklamezeile 1 ℳ, von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ℳ. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die 74 mm breite Petitzeile 40 ₰.
Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften und in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr.
Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Fernsprecher VI, Nr. 4603).
Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 147. Montag, den 30. Mai 1910. 104. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Eine Entzündung des Furunkels, an dem der Kaiser leidet, machte am Sonnabend die Oeffnung desselben nötig. Der Verlauf ist bisher normal. (S. Letzte Dep.)

* Der italienische Minister des Auswärtigen di San Giuliano ist gestern vom Kaiser empfangen worden. Die Mitglieder der chinesischen Studienkommission wurden an Stelle des Kaisers vom Kronprinzen empfangen. (S. Letzte Dep.)

* Am gestrigen Sonntag fand in Berlin der erste Bundestag des Bundes der Festbesoldeten statt, auf dem Reichstagsabgeordneter Naumann über die Stellung der Beamten im Haushalt des Staates sprach. (S. d. bes. Art.)

* Taucher haben am Schiffsrumpf der „Pluviöse" ein klaffendes Loch und einen Riß gefunden. (S. Letzte Dep.)

* Die Lauchstedter Festspiele brachten diesmal Opern aus der Zeit Goethes und nahmen einen glänzenden Verlauf. (S. Feuill.)

* Der Ballon „Leipzig", der am Sonntag früh ½9 Uhr vom Sportplatz aus aufstieg, landete mittags 1 Uhr 25 Min. in der Nähe von Mallmitz bei Sagan. (S. Sport.)

* Das Grunewald-Rennen (20 000 ℳ) gewann am Sonntag O. Kampfhenkels „Blaustrumpf". — Im Kaiserpreis-Jagdrennen in Frankfurt a. M. ging Lt. Bartzels br. St. „Edda" unter Dr. Riese als Siegerin durchs Ziel. — Im österreichischen Stutenpreis (35 000 Kronen), der am Sonntag in Wien gelaufen wurde, siegte Graf Esterhazys br. St. „Lady Love", „Lockung" endete unplaciert. — Den Prix Lupin (10 000 Fr.), der in Longchamp zur Entscheidung kam, gewann Baron Gourgauds „Coquille". Der Totalisator honorierte den Sieg mit 366 : 10. (S. Sport.)

Die Industrie und der Staat.

Die verwickelten Erscheinungen des Handels und der Industrie induktiv zu erforschen und hieraus Klarheit zu gewinnen über die Stellung der Industrie im Staat und zum Staat, solchem Zweck ist ein Buch gewidmet, das Dr. Hugo Böttger vor kurzem veröffentlicht hat („Die Industrie und der Staat", Verlag von J. C. B. Mohr in Tübingen). Den tieferen Ursachen der zum Teil recht unausgeglichenen Wirtschaftszustände will er nachgehen, eine Analyse der gegenwärtigen sozialökonomischen Klagen und Forderungen geben, soweit sie praktisch diskutierbar sind. Der bon sens ist hier am Werke. Ein Mann von Einsicht und Ernst tritt an eine Frage heran, die der Erörterung und der Klärung wert ist — eine Frage, die ebensosehr ein wissenschaftliches wie ein wirtschaftliches Interesse hat. Denn über den eigenen, immerhin engbegrenzten Wirkungskreis und über das eigene Gesichtsfeld hinaus treibt es den Wirtschaftenden, zu erkennen, wie er im Betriebe des Ganzen steht und wie sich sein Platz von höherer Warte her ausnimmt. Die Anschauungen, die Dr. Hugo Böttger bei seiner eingehenden Untersuchung vertritt, bewegen sich im wesentlichen im nationalliberalen Kreis. Sein Buch hat trotz aller Solidität des nationalökonomischen Wissens doch den Schwung einer vorzüglichen Darstellungsgabe und die Sicherheit des Herausgreifens des Wichtigsten.

Mit einem kurzen Ueberblick über die Entwickelung der deutschen Industrie zur Großindustrie beginnt der Verfasser, schildert deren Einflüsse auf die Bevölkerung und ihre Rückwirkungen auf das Staatsleben. Die neueren sozialen Ideen werden organisch herausgestaltet und die logische Grundlage für das Anwachsen der staatlichen Intervention ausgebreitet. Ein gewisser „Neumerkantilismus" zeige sich so als Ergebnis der Entwickelung, betont der Verfasser, und er läßt ihm zwischen Manchestertum und Staatseinmischung die rechte Mitte halten. Wie sich diese Frage der Staatsintervention trotz Erstarkens der Einzelpersönlichkeit bei näherer Betrachtung darstellt, zeigt das Buch dann an einer übersichtlichen Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Den künftigen Staatsmännern liegt es nach des Verfassers Meinung ob, „zwischen den drei oder vier Gewalten: Staatsgedanken, Gewerkschafts- und Fabrikautorität und Persönlichkeitsrechten, die jetzt noch fehlende Vermittelung zu schaffen".

Der klareren Bewertung der Persönlichkeit und ihres Wertes für das Staatsleben spricht er überall das Wort, mag er über die Frage des „Agrar- oder Industriestaats" oder die praktischen Fragen der Industrieprogramme reden, und er gewinnt so einen ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht. Nicht die Machtfrage allein dürfe für die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerpolitik maßgebend sein, sondern die Rücksicht auf ihre eigene öffentliche Funktion. So sagt er u. a.:

„Die Worte „öffentliche Pflichten" und Staats- und Allgemeininteresse sind fast zu unbekannten Begriffen bei den Anhängern der Klassenkampfideen geworden; für diese gibt es eigentlich Pflichten nur gegen die gewerkschaftliche Organisation und gegen die Parteikasse. Verschärft ist die Situation auch dadurch, daß jedes Entgegenkommen des Staates und des Unternehmertums als Schuldbekenntnis aufgefaßt wird."

Hier bessere Erkenntnis und bessere praktische Ethik zu schaffen, dienen Böttgers Ausführungen über die Industrieprogramme der großen Verbände, über die moderne Arbeiterbewegung und über die staatliche Sozialpolitik. Daß eine Gefahr des Verschwindens des Einzelwillens in dem Zwang der Arbeiterorganisation vorliegt, wird auch hier nicht geleugnet; hier wie dort müsse der Ostrazismus, die Aechtung des Nichtorganisierten, bekämpft, im Hinblick auf die Gesamtheit die Auswüchse der Zwangsmacht der Organisationen beschnitten werden. Eine Betrachtung dieser schwierigen Fragen des Arbeitskampfes führt den Verfasser dann auch zu einer Kritik des Arbeitsvertrages und den Verbesserungsmaßnahmen in der Art der konstitutionellen Fabrik und dgl., wie namentlich der Tarifgemeinschaften, nachdem er zuvor die Politik der Gewerkschaften besprochen hat und dabei sehr genau zwischen den friedvollen Bestrebungen und den oft von sozialdemokratischer Seite kommenden Störungen des gewerblichen Friedens scheidet.

Von besonderem Interesse ist das Schlußkapitel des Buches: Was ist zu tun? Gegenseitige Anerkennung, kein Terrorismus, Fortschritt der Organisation, aber ohne Verzicht auf Persönlichkeit und Menschenwürde. Dann positive Förderung und Interessenausgleich durch den Staat, wozu beispielsweise solche praktische Maßnahmen wie Frachtenverbilligung, Eisenbahnbetriebsmittel-Verbesserung, Kanalpolitik, Fürsorge für das gewerbliche Schulwesen gehören, und namentlich die Fortführung einer verständigen Sozialpolitik. Die Einigungsversuche bei Arbeitsstreitigkeiten sind dabei ebenso wichtig wie die Fähigkeit, Machtüberschreitungen der Organisationen in Schach zu halten. „Die Zukunft gehört jedenfalls der Nation, die die verständigsten Unternehmer und die besten Arbeiter hat" — so schließt Dr. Böttger seine Ausführungen, die, selbst wenn man mit ihnen nicht überall einverstanden sein sollte, immer interessant, ernst und beachtenswert sind.

Deutsches Reich.

Leipzig, 30. Mai.

* **Die Stellung des Abgeordneten Langhammer im Verband Sächsischer Industrieller.** Vom Verband Sächs. Industrieller wird uns geschrieben: „In einem Aufsatz der „Post" in Berlin wird die Stellung des Abgeordneten Langhammer als Vorstandsmitglied des Verbandes Sächsischer Industrieller anläßlich der jüngsten Erörterungen über die gegen den Abgeordneten Langhammer erhobenen Vorwürfe berührt. Um etwaigen unzutreffenden Presseerörterungen über diese Frage vorzubeugen, bemerken wir, daß der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller bereits wiederholt zu der Angelegenheit des Herrn Langhammer Stellung genommen hat, um so mehr als es sich bei den gegen Herrn Langhammer erhobenen Vorwürfen um solche handelt, welche die Wahrung kaufmännischer Ehre betreffen. Die zum Teil völlig widersprechenden Aeußerungen und Mitteilungen über das Verhalten des Herrn Langhammer bei Verkauf seines Unternehmens an die Tapeten-Industrie-Aktiengesellschaft haben den Gesamtvorstand in seiner letzten Sitzung zu dem Beschluß veranlaßt, die von Herrn Langhammer angekündigte Klage gegen die Vorwürfe des Herrn Rechtsanwalt Dr. Zöphel abzuwarten, um nach der in diesem Prozeß auf Grund der unzweifelhaften Anschuldigungen des Herrn Dr. Zöphel (? die Red.) wohl bestimmt zu erwartenden gerichtlichen Klarstellung seinerseits zu der Frage Stellung zu nehmen, ob Herr Langhammer sich ehrenrühriger Vergehen schuldig gemacht hat, die ihm die Ausübung eines Ehrenamtes in einer industriellen Körperschaft nicht mehr gestatten. Herr Langhammer hat im übrigen seit dem 14. Dezember 1908 an Vorstandssitzungen des Verbandes Sächsischer Industrieller nicht mehr teilgenommen."

* **Zum Fall Merkel** veröffentlicht nun auch der Abgeordnete Dr. Kaiser eine neue, wohltuend kurze Erklärung, in der er seine früheren Behauptungen aufrechterhält. Da wir die langen Ausführungen des Abgeordneten Merkel nicht abgedruckt haben, können wir auch die Erwiderung des Abgeordneten Dr. Kaiser nicht wiedergeben.

*

* **Ueber die Marschroute der Nationalliberalen** schreibt die parteioffiziöse „Natl. Korr.": „Der treffliche Freiherr von Zedlitz und Neukirch wird sich deshalb, wie bereits im Abgeordnetenhause, so auch hier noch den aufrichtig gemeinten Rat gefallen lassen müssen, seine Hände von Dingen zu lassen, zu denen er nicht berufen ist. Er hat sich offenbar zu wohl gefühlt, weshalb er in Elberfeld aufs Glatteis ging. Wer aber Maklerdienste leisten will, soll ehrlich vorgehen, selbst wenn diese Dienste von niemandem gewünscht werden. Die Behauptung des freikonservativen Führers, in der nationalliberalen Partei habe eine radikale Strömung das Uebergewicht erlangt, und es werde dort das Nationale hinter das Liberale gestellt, ist indessen so plump und unbeholfen, daß es fast zu grob wäre, sie unehrlich zu nennen. Octavio von Zedlitz hat seine große Zukunft hinter sich, weil er seit Jahr und Tag den geeigneten Moment verpaßte. Er renommiert mit „zwei Leitsternen" der freikonservativen Partei: Unterstützung der deutschnationalen Politik Bismarcks und Sammlung der versprengten nationalen und patriotischen Elemente. Ja, wo war Herr von Zedlitz mit seinen Leitsternen denn, als es 1909 galt, die vom schwarz-blauen Block zersprengten Nationalen zu sammeln, als für die freikonservative Partei der historische Moment gekommen war, durch flammenden Aufruf die nationale Reinheit des Konservatismus zu erzwingen und die Rechte auf ein Grüppchen agrarisch-reaktionärer Interessenpolitiker zu reduzieren? Damals hat Frhr. v. Zedlitz geschlafen; die Freikonservativen blieben das schlappe Appendix der Hochkonservativen, das sie von jeher waren. Und nun möchte der vielgewandte Fiasko-Politiker den — Nationalliberalen die Marschroute vorschreiben, die er für die eigene Partei nicht finden konnte? Der Abg. Frhr. v. Zedlitz besitzt doch Weltklugheit genug, um zu wissen, daß die Freikonservativen auf die Nationalliberalen viel mehr angewiesen sind, als umgekehrt. Diese werden, dessen möge er sich vergewissert halten, ihren eigenen Weg gehen und deshalb Aufdringlichkeiten von der Hand weisen, wann immer und von wem auch sie kommen mögen." — Das ist kräftig, aber gut gesagt.

* **Militärische Sprachenkundige.** Von der Heeresverwaltung sind — wie eine Meldung der „Mil.-pol. Korr." besagt — vor kurzem neue Vorschriften an alle Truppenteile ergangen, die das Studium fremder Sprachen für die Armee einheitlich regeln. Die alten Bestimmungen aus dem Jahre 1906 erstreckten sich nur auf den Bedarf an Dolmetschern für den Mobilmachungsfall, während die jetzt ausgegebenen Direktiven in ganz allgemeiner Weise die nach Möglichkeit von allen Vorgesetzten zu fordernden fremden Sprachkenntnisse in den Offizierkorps behandeln und zum umfassenden Studium anregen. In Zukunft wird halbjährlich mindestens einmal, und zwar im ganzen Heere am gleichen Tage, die Bearbeitung von gegen früher wesentlich erschwerten Prüfungsaufgaben erfolgen, die von der Kriegsakademie in Berlin zu stellen sind. Diese Prüfung erstreckt sich auf die mündliche und schriftliche Befähigung, als Dolmetscher zu dienen. Reisebeihilfen in fremde Länder zur Sprachenerlernung sollen zukünftig eigentlich nur dann noch gewährt werden, wenn es sich um Sprachen handelt, in denen Mangel an genügend gut versierten Offizieren herrscht.

* **Die Felduniform im Kaisermanöver.** Von einer unterrichteten Stelle erhält die „Mil.-pol. Korr." folgende Angaben: Bei jedem Armeekorps wird eine Infanteriedivision nebst den zu ihr gehörigen Kavallerie- und Feldartillerietruppen sowie ein Teil der übrigen Kavallerie die neue Felduniform tragen. Beim 17. Armeekorps ist die 35. Division hierzu bestimmt worden. Die Bespannungsabteilungen der Fußartillerie, die als schwere Artillerie des Feldheeres an dem Kaisermanöver teilnehmen, erscheinen in der bisherigen Uniform, da sie durch ihre stets verdeckten Stellungen der Sicht des Gegners entzogen und genügend davor gesichert sind, sich durch ihre dunklen Uniformen zu verraten. Die in Feldgrau ausrückenden Truppen tragen die Kriegsbekleidung nicht nur während der 3 Kaisermanövertage, sondern auch schon während der vorangehenden Brigade- und Divisionsmanöver. Bei den Kaiserparaden wird die bisherige Uniform und Ausrüstung angelegt. Die Kriegsbekleidung beschränkt sich bei allen Waffengattungen auf den Feldrock und die Feldhose. Feldgraue Mützen, die zumeist nur im Quartier oder Biwak aufgesetzt werden würden, ungeschwärztes Schuhzeug und graue Mäntel werden nicht ausgegeben. Dagegen kommt das weiße Lederzeug der Fußtruppen, soweit es bei den Grenadieren noch getragen wird, in Fortfall und wird durch schwarzes ersetzt, das die anderen Infanterieregimenter leihweise hergeben. Bei den in Feldgrau ausrückenden berittenen Truppen wird das verräterische weiße Bandelier mit der Kartusche abgelegt. Die weißen Sabelkoppel, die bei dem Fehlen von Beständen durch schwarze nicht ersetzt werden können, werden auch zur Felduniform im Kaisermanöver getragen; durch Schwärzen würden sie unbrauchbar werden. Die Offiziere der berittenen Waffen reiten gleichfalls ohne Bandelier und Kartusche. Diese Maßregel dürfte jedoch nur eine vorläufige sein, weil man zurzeit einen Ersatz für das weiße Mannschafts- und das silberne und goldene Offiziersbandelier noch nicht hat. Später wird dieses Ausrüstungsstück jedenfalls in unscheinbarerer Ausführung auch zur Felduniform der Kavallerie, der Feldartillerie und des Trains gehören, vielleicht in der Form eines Patronengürtels wieder auftauchen. Die in der neuen Kriegsbekleidung ausrückenden Truppen und ihre Manövergegner können nun in den bevorstehenden langdauernden und strapazenreichen Stellungskämpfen der diesjährigen Kaisertage am eigenen Leibe und durch eigenen Augenschein prüfen, inwieweit die Felduniform kriegsbrauchbar, d. h. in diesem Falle praktisch, widerstandsfähig und unauffällig ist.

* **Eine neue Einheitssignallaterne für die Eisenbahnverwaltung.** Wie der „Inf." mitgeteilt wird, sind die seit längerer Zeit betriebenen Arbeiten zur Gewinnung einer neuen Einheitssignallaterne, die von der preußisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung im Verein mit der Firma F. F. A. Schulze-Berlin vorgenommen wurden, zum Abschluß gelangt. Es handelt sich um Signallaternen sowohl für Hauptsignale wie Vorsignale und für Wärtersignale, für welche nunmehr bestimmte Einheitsausführungsformen festgesetzt worden sind. Bemerkenswert ist, daß als Brennstoff das Petroleum beibehalten wurde, und zwar kommt der hauptsächliche Verbrauch von russischem und österreichischem Petroleum in Frage. Dies geschieht nicht nur aus wirtschaftlichen Rücksichten, sondern auch deshalb, weil eine vollkommen genügende Lichtwirkung hiermit erzielt wird. Bei den Signalmastlaternen ist der vordere Strahlenwerfer doppelt so groß wie der hintere ausgebildet worden, während bei den Wärtersignallaternen dies nicht möglich ist, da sie sowohl für Signale nach vorn wie nach rückwärts verwendet werden. Als Brenner ist für die Haupt- und Vorsignale der 10linige Rundbrenner beibehalten worden, der in der Stunde etwa 25 Gramm Petroleum verbrennt und für die Wärterlaternen ist wie bisher der 5linige Brenner bestimmt worden, der 18 Gramm Petroleum in der Stunde verbraucht. Der Behälter des erstgenannten Brenners faßt ca. 440 Gramm, so daß die Lampe eine Brenndauer von rund 17 Stunden entwickelt. Der Behälter für die Wärterlaternen faßt 220 Gramm und reicht 16 Stunden aus. Bei den Proben wurde der verbesserte Kosmosbrenner der vorgenannten Firma als der beste anerkannt. Um aber auch andern Firmen den Wettbewerb bei Lieferungen möglich zu machen, wird die Verwaltung den Schulzeichen Brenner nicht vorschreiben, sondern nur eine gleiche Lichtstärke verlangen. Dagegen hat man für die Signallaternen die Reformzylinder für Petroleumbrenner vorgeschrieben, da diese sich für die üblichen Petroleumsorten am besten bewährt haben. Die Lampe mit dem 100linigen Rundbrenner (System Schulze) und Reformzylinder hat, wenn sie ohne Laterne frei aufgestellt wird, eine Lichtstärke von über 15 Hefnerkerzen. Diese Lichtstärke wird als Mindestmaß vorgeschrieben. Für die Wärtersignallampen mit 5linigen Rundbrennern usw. soll die Lichtstärke mindestens 10 Hefnerkerzen betragen. Eine weitere Neuerung besteht in der Vergrößerung der Hohlspiegel bei den Signalmastlaternen, wodurch die Lichtstärke auf der einen Seite (dem Zuge entgegen) bei gleichem Petroleumverbrauch wie früher durchschnittlich auf das Doppelte gesteigert wird. Bemerkenswert ist auch, daß für die Laternen der Wärtersignale mit gleichgroßem Strahlschirm nach beiden Seiten bei Fensterglasscheiben eine Lichtstärke von mindestens 220 Hefnerkerzen vorgeschrieben ist. Auch dies ist eine ganz bedeutende Verbesserung gegen früher. Bezüglich der farbigen Signale rot, grün und gelb kam man zu dem Resultat, daß zu den roten Blenden ein tiefes Rot gewählt werden muß, ferner wurden die gelbgrünen Gläser zweckmäßiger befunden als die blaugrünen. Besonderer Wert wurde auf Sturmsicherheit gelegt, zu welchem Zwecke eingehende Versuche auf der Gebläseeinrichtung der badischen Eisenbahnverwaltung in Karlsruhe gemacht wurden. Trotz der Verbesserung der Signalmastlaternen wird sich ihr Preis infolge der Lieferung in größeren Mengen verringern, für die Wärtersignallaternen ist eine ermäßigte Erhöhung des Preises zu erwarten.

* **Ueber Mission und Kolonialpolitik in den deutschen Schutzgebieten** hat D. Carl Mirbt im Sommer 1909 im Hamburger Kolonialinstitut eine Reihe von Vorträgen gehalten, die jetzt in erweiterter Gestalt in Buchform erscheinen. (Verlegt bei Mohr in Tübingen, 287 S., 6 bzw. 7 ℳ.) Mirbt gibt als erster eine zusammenhängende Darstellung des gesamten evangelischen und katholischen Missionswesens in den deutschen Kolonien nach seinem Bestand und seinen Leistungen. Der leitende Gesichtspunkt ist dabei die Beziehung der Mission zur Kolonialpolitik. Mirbt bespricht mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und Objektivität und zugleich in allgemeinverständlicher Form alle wichtigen Probleme, an deren Lösung Mission und Kolonialpolitik interessiert sind. Was er über die Arbeitsmethode der Mission ausführte, ist geeignet, viele, aus unzureichender Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse stammende Vorurteile zu erschüttern und der allgemeinen Verständigung zu dienen. Mirbts Gesamtauffassung geht dahin, daß Mission und Kolonialpolitik durchaus selbständige Größen sind, die beide ihre besonderen eigenartigen Zwecke verfolgen, in ihren Interessen aber vielfach zusammentreffen. Kein Freund unserer Kolonien sollte an diesem bedeutsamen Buche achtlos vorübergehen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Die Handelsverträge mit den Balkanstaaten.** Der Budgetausschuß hat den Voranschlag des Handelsministeriums sowie eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, die Handelsvertragsverhandlungen mit Serbien, Bulgarien und Montenegro zu beschleunigen. Handelsminister Dr. Weiskirchner betonte, es werde sein stetes Bestreben sein, auf einen endlichen Abschluß der Handelsverträge mit den Balkanstaaten mit allem Nachdruck hinzuwirken.

Frankreich.

* **Das Programm der Regierung.** Unter den Mitgliedern des Kabinetts ist ein vollkommenes Einverständnis über das der Kammer vorzulegende Programm erzielt worden. Es wird versichert, daß die Regierung sich für die Listenwahl mit entsprechender Vertretung der Minorität sowie für Verlängerung der Dauer der Mandate auf sechs Jahre aussprechen werde. Die Mandate sollen in Dritteln erneuert werden. Andere Gesetzentwürfe sollen sich beziehen auf das Beamtenstatut, Verwaltungs- und Justizreform, Arbeitsverträge, und auf das Flottenprogramm. Schließlich will die Regierung gemeinsam mit dem Senat eine Finanzreform ausarbeiten auf Grundlage des von der Kammer angenommenen Einkommensteuergesetzes.

Erster Bundestag des Bundes der Festbesoldeten.

F. Berlin, 29. Mai.

Im Großen Saale des Lehrer-Vereinshauses fand gestern und heute der erste Bundestag des Bundes der festbesoldeten Beamten statt, zu dem zahlreiche Delegierte von Beamten und Beamtinnen aus allen Teilen Deutschlands erschienen waren. Die Delegiertenversammlung stand unter dem Vorsitz von Otto (Leipzig), dem zweiten Vorsitzenden, da dem ersten Bundesvorsitzenden, dem Provinzialschulsekretär Huick (Berlin) von seiner vorgesetzten Behörde, dem Präsidenten des Provinzialschulkollegiums, der Urlaub zur Teilnahme an der Tagung verweigert worden war. Gestern wurden innere Bundesangelegenheiten erledigt und Beratung der Bundessatzungen vorgenommen. Heute mittag fand eine sehr zahlreich besuchte öffentliche Bundesversammlung statt. Der Vorsitzende, Provinzialschulsekretär Huick (Berlin) eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Begrüßung und schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, die deutschen Bundesfürsten und die freien Städte.

SLUB
Wir führen Wissen.